

## Aufruf des Vorstandes der LAGA zu den Ausländerbeiratswahlen Demokratie lebt vom Mitmachen

Im Herbst finden die Wahlen zu den Ausländerbeiräten in den Städten und Gemeinden Nordrhein-Westfalens statt. Der Vorstand der LAGA fordert Migrantinnen und Migranten auf zu kandidieren und ihre Interessen selber zu vertreten.

Für die meisten der in Deutschland lebenden Migrantinnen und Migranten bieten die Ausländerbeiräte die einzige Möglichkeit der politischen Partizipation. Sie sind daher ein wichtiges Instrument zur Vertretung und Durchsetzung der Interessen von Migrantinnen und Migranten in den Kommunen. Die Ausländerbeiräte haben nach der Gemeindeordnung des Landes NRW das Recht, sich mit allen Angelegenheiten der jeweiligen Gemeinde zu befassen. Die Erfahrung aus der Vergangenheit zeigt, daß zahlreiche Ausländerbeiräte diese Möglichkeiten konstruktiv zu nutzen wissen. Durch engagierte Arbeit sind viele Entscheidungen zu Migrationsfragen in Städten und Gemeinden gefallen, die das Leben und Zusammenleben verbessert haben. So verschaffen die Ausländerbeiräte den Interessen, Wünschen und Problemen der Migrantinnen und Migranten Gehör bei den Stadt- und Gemeinderäten oder sonstigen Entscheidungsträgern.

Ob das auch in Zukunft gelingt, hängt von Ihrem Engagement ab. Der Vorstand der LAGA fordert engagierte Migrantinnen und Migranten auf, selber für Ihren örtlichen Ausländerbeirat zu kandidieren. Nur durch die Beteiligung vieler können die Chancen zur politischen Teilhabe auch genutzt werden.

### Der Vorstand der LAGA NRW.

*Sitzend von links:* Alfonso López-García; Muhammet Balaban, Tayfun Keltek; Jean Makedonopoulos.

*Stehend von links:* Fulya Önal; Safi Özbay; Franz Paszek; Enver Şen; Gürsel Dogan; Filippo Giletti; Ercan Atay; Engin Sakal; Erkan Zorlu; Frank Staacken; Ali Hakan Sarıbaş; Türkan Hildebrand. *Es fehlen:* Fazli Aktaş; Ersoy Sam; Erkan Taşçi.



**12.  
SEPTEMBER  
1999**



**7.  
NOVEMBER  
1999**

**Mai 1999**



**AUS DEM INHALT:**

**Aufruf des Vorstandes der LAGA: Demokratie lebt vom Mitmachen**

**Die LAGA in Düsseldorf**

**Fragen an die Parteien im Landtag NRW**

**Wahlrecht für EU-Bürger**

**Beilage zu den Ausländerbeiratswahlen:**

**Ausländerbeiräte – rechtlich gesehen**

**Tips für Kandidatinnen und Kandidaten**

**Örtlichen Bürgerfunk nutzen**

**Man muß es wissen**

**Engagement lohnt sich – Ausländerbeiräte in NRW leisten mehr als man glaubt**

**Auszüge aus der „Dorstener Erklärung“**

**Politische Beteiligung nutzen – Interviews**

**Veranstaltungshinweise**

**Termine**

**Impressum**

Liebe Leserinnen und Leser,

Viele von Ihnen halten den Info-Dienst Migration der Landesarbeitsgemeinschaft Ausländerbeiräte (LAGA) das erste Mal in Händen. Das ist kein Zufall. Mit dieser Sonderausgabe Migration wollen wir Sie gewinnen, für den Ausländerbeirat Ihrer Stadt bzw. Gemeinde zu kandidieren. Wie Sie vielleicht wissen, finden in Nordrhein-Westfalen dieses Jahr die turnusmäßigen Wahlen zu den Ausländerbeiräten statt. Durch eine hohe Wahlbeteiligung und einen fairen politischen Wettbewerb im Vorfeld, wollen wir auf die Wahlen zu den Ausländerbeiräten aufmerksam machen und sie politisch stärken.



Die Beiräte sind für die überwiegende Zahl der in Deutschland lebenden Migrantinnen und Migranten die einzige Möglichkeit politischer Partizipation. In Nordrhein-Westfalen sieht die Gemeindeordnung vor, daß die Ausländerbeiräte in allen Belangen der Kommunen Vorschläge machen können. Damit haben engagierte Migrantinnen und Migranten die Chance, die Politik in Ihren Wohnorten mitzubestimmen.

Ich will nicht verschweigen, daß diese Form der politischen Beteiligung kein Ersatz für die volle politische Gleichberechtigung der hier lebenden Migrantinnen und Migranten ist. Die Chancen der Ausländerbeiräte nicht zu nutzen, hieße jedoch den eigenen Anspruch an demokratische Beteiligung zu mißachten. Hingegen bietet das engagierte Mitmachen die Möglichkeit, demokratische Gleichberechtigung immer wieder einzufordern. Doch damit nicht genug: Die gewählten Mitglieder der Ausländerbeiräte sind Vertreter aller Migrantinnen und Migranten. Sie geben ihnen in den Kommunen eine Stimme. Trotz des kommunalen Wahlrechtes für EU-Ausländer und die verstärkt zu beobachtenden Einbürgerungen – nicht zuletzt durch eine von vielen Beiräten durchgeführte Kampagne – haben die Ausländerbeiräte noch für lange Zeit eine Existenzberechtigung, weil viele spezifische Probleme der Migrantinnen und Migranten weiterhin einer Lösung bedürfen.

Schließlich dienen die Ausländerbeiräte dazu, die Solidarität unter den Migrantinnen und Migranten zu erhöhen, wie die Dorstener Erklärung der LAGA das ausdrückt. Kontinuierliche und engagierte politische Arbeit – das zeigt die Erfahrung aus 140 Beiräten in Nordrhein-Westfalen – lohnt sich also.

Eine Kandidatur lohnt sich auch. In der vorliegenden Ausgabe unseres Info-Dienstes erfahren Sie, wie Sie Ihre Kandidatur vorbereiten und (möglichst erfolgreich) durchführen. Selbstverständlich steht Ihnen die Geschäftsstelle der LAGA in Düsseldorf für weitere Fragen zur Verfügung. Hier erhalten Sie weitere wertvolle Hinweise und wichtiges Material. Entscheiden Sie sich für eine Kandidatur und werden Sie im Herbst 1999 dann auch für Ihren Ausländerbeirat gewählt, steht Ihnen die LAGA auch weiterhin unterstützend zur Seite. Wir unterstützen nach Kräften die Arbeit der Ausländerbeiräte. Es ist selbstverständlich, daß wir im Wahljahr die Vorbereitung auf die Wahlen ebenso tatkräftig begleiten: Durch die finanzielle Förderung des Ministeriums für Arbeit und Soziales, Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes NRW haben wir die Möglichkeit, eine breit angelegte Informationskampagne zu machen. Im vorliegenden Info-Dienst können Sie sich auch darüber ein Bild machen.

Sie sehen, wir sind bereit, Ihre politische Arbeit zu unterstützen. Unterstützen Sie uns. Kandidieren Sie für Ihren Ausländerbeirat! Demokratie lebt vom Mitmachen! Es grüßt Sie herzlichst Ihr

Tayfun Kelttek, Vorsitzender LAGA-NRW

**Wir über uns**

**Die LAGA in Düsseldorf**

In der vierten Etage eines Bürohauses in der Düsseldorfer Innenstadt, ganz in der Nähe des Ministeriums für Arbeit und Soziales, Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes NRW befindet sich die Geschäftsstelle der Landesarbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte (LAGA) NRW. Hier bereiten Franz Paszek, Hakan Saribas und Sieglinde Ligon LAGA-Sitzungen vor, erstellen den vierteljährlich erscheinenden Info-Dienst ‚Migration‘ beraten Mitglieder von Ausländerbeiräten, halten Kontakt zu Landtag und Landesregierung – kurzum sorgen dafür, daß die LAGA nach innen gut funktioniert und nach außen wahrnehmbar ist.

Zusammen erfüllen die drei LAGA-Mitarbeiter die wesentlichen Aufgaben, die sich die LAGA bei ihrer Gründung am 26. Oktober 1996 in Oberhausen selber gegeben hat. In ihrem Selbstverständnis ist die LAGA das demokratisch legitimierte Vertretungsorgan der nach der Gemeindeordnung gewählten und konstituierten Ausländerbeiräte und damit der in Nordrhein-Westfalen lebenden Migrantinnen und Migranten. Mit ihr steht den Ausländerbeiräten in den Kommunen eine Organisa-



Der Geschäftsführer Franz Paszek (links) und der Referent Hakan Saribas

tion zur Seite, die ihre Interessen und Anliegen wirkungsvoll aufgreift und auf Landesebene verbreitet. So unterstützt die LAGA wirkungsvoll die Arbeit vor Ort. Zugleich ist die LAGA damit die demokratisch legitimierte Ansprechpartnerin für Landtag und Landesregierung in allen Angelegenheiten der Migrantinnen und Migranten in Nordrhein-Westfalen.

Die LAGA NRW tritt dabei für die kulturelle, soziale, rechtliche und politische Gleichstellung der Migrantinnen und Migranten ein, die ihren Lebensmittelpunkt in Nordrhein-Westfalen haben. Hierbei arbeitet die LAGA NRW mit allen Institutionen und Organisationen zusammen, die sich gleichermaßen diesen Aufgaben verpflichtet fühlen. Die LAGA NRW ist damit keiner Partei, sondern lediglich dem Gemeinwohl verpflichtet. Dadurch leistet sie einen wesentlichen Beitrag zum friedlichen Zusammenleben der zugewanderten und angestammten Menschen des Landes Nordrhein-Westfalen in einer von vielen Kulturen geprägten Gesellschaft, wie es in der Präambel zur LAGA-Satzung treffend heißt.

Mit den so beschriebenen Zielen der LAGA sind vielfältige inhaltliche und organisatorische Arbeiten verbunden. Dafür steht die Geschäftsstelle der LAGA ihren Mitgliedern und insbesondere den Vorstandsmitgliedern zur Verfügung. Unter der Leitung des Geschäftsführers Franz Paszek organisieren die festen Mitarbeiter landesweite Veranstaltungen und Seminare für die Fortbildung der Beiratsmitglieder in den Kommunen oder erstellen Broschüren und Dokumentationen.

Darüber hinaus muß die LAGA immer wieder zu aktuellen Themen Stellung beziehen. Auch dafür muß die Geschäftsstelle vorbereitet sein. So hat sie beispielsweise zur geplanten Änderung des Staatsbürgerrechts ein Rechtsgutachten erstellen lassen. Anhand dieses Gutachtens kann die LAGA ihre ablehnende Haltung zu dem im Gesetzesentwurf vorgesehenen Optionsmodell begründen.

Derzeit machen die anstehenden Wahlen zu den Ausländerbeiräten den Schwerpunkt der Arbeit aus. In diesem Jahr wollen Vorstand und Geschäftsstelle der LAGA mit einer groß angelegten Informationskampagne die Wahltermine bekanntmachen und möglichst viele Menschen zu einer Kandidatur bewegen.

**Chronik**

**Die Geschichte der LAGA**

**Mai 1994:**

Der Landtag verabschiedet eine neue Gemeindeordnung, in der die Einrichtung von Ausländerbeiräten in größeren Gemeinden zur Pflicht wird; kleinere Gemeinden mit weniger als 5.000 ausländischen Einwohnern/-innen müssen bei Bedarf einen Ausländerbeirat einrichten.

**März 1995:**

In 128 Gemeinden NRW werden gemäß der GO-NW die neuen Ausländerbeiräte gewählt.

**April 1996:**

Der Sozialminister beruft die Vertreter und Vertreterinnen von 138 Ausländerbeiräten nach Düsseldorf ein. Ihre Aufgabe ist die Bildung einer Satzungskommission zur Bildung einer einheitlichen Landesorganisation der Ausländerbeiräte.

**Oktober 1996:**

89 Ausländerbeiräte gründen in Oberhausen die Landesarbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Nordrhein-Westfalen (LAGA NRW)

**Juni 1997:**

Eröffnung der Geschäftsstelle der LAGA in Düsseldorf in Anwesenheit des damaligen Ministerpräsidenten Dr. h.c. Johannes Rau und Herrn Ignatz Bubis

**Mai 1999:**

Mit Arnsberg nahm die LAGA das 106. Mitglied auf

## Ausländerbeiratswahlen 1999

## Fragen an die Parteien im Landtag NRW

1. Welche Bedeutung mißt Ihre Fraktion der Ausländerbeiratswahl für die politische Partizipation der Migrantinnen und Migranten in den Kommunen, aber auch im Land bei?

2. Für die Mehrzahl der Migrantinnen und Migranten (außer Eingebürgerten und EU-Staatsangehörigen) stellt der Ausländerbeirat nach wie vor die einzige Chance zur politischen Partizipation dar. Welche Erwartungen haben Sie vor diesem Hintergrund an die Zusammensetzung und die politische Arbeit der zukünftigen Ausländerbeiräte?

3. Wie steht Ihre Fraktion zu der Forderung der Mitgliederversammlung der LAGA NRW, diese gesetzlich zu verankern und damit ihre Einbindung in die Arbeit des Landtags zu verbessern und ihre Mitwirkungsmöglichkeiten zu stärken?

## SPD-Fraktion,

# SPD

**Vorsitzender  
Prof. Dr. Manfred Dammeyer**

**1.** Die gesellschaftliche Integration von Migrantinnen und Migranten ist für jede Zuwanderungsgesellschaft eine der zentralen politischen Herausforderungen. Eine wichtige Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration ist dabei, die Migrantinnen und Migranten intensiv am sozialen, kulturellen und politischen Handeln zu beteiligen. Zur Gewährleistung der politischen Partizipation leisten die Ausländerbeiräte einen bedeutenden Beitrag: Sie stellen z.Zt. das einzige flächendeckend arbeitende Gremium der politischen Beteiligung von Migrantinnen und Migranten dar. Damit die Ausländerbeiräte ihre Funktion als Instrument der politischen Willensbildung und -äußerung überzeugend wahrnehmen können, ist allerdings bei den anstehenden Wahlen eine möglichst hohe Wahlbeteiligung unverzichtbar. Die SPD-Landtagsfraktion wünscht sich deshalb, daß viele Migrantinnen und

Migranten an die Urne gehen und die in der Wahl zu den Ausländerbeiräten liegenden Chancen nutzen. Sie können ein deutliches Zeichen setzen, daß sie das integrationsfördernde Angebot der politischen Beteiligung annehmen wollen.

**2.** Neben einer hohen Wahlbeteiligung ist für die demokratische Legitimation der Ausländerbeiräte auch eine möglichst breite Beteiligung nach Herkunftsnationalitäten wünschenswert. Die SPD-Landtagsfraktion hofft deshalb, daß sich bei der Wahl zu den Ausländerbeiräten insbesondere auch EU-Bürgerinnen und -Bürger engagieren. Für die Qualität der politischen Arbeit der Ausländerbeiräte ist die enge und kontinuierliche Zusammenarbeit mit den kommunalen Räten und deren Ausschüssen eine wichtige Bedingung. Gleichzeitig kann ein enger Kontakt zu den kommunalen Entscheidungsgremien helfen, die Diskrepanz zwischen den z.T. hohen Erwartungen der Wählerinnen und Wähler und den nur auf Beratung angelegten Befugnissen der Ausländerbeiräte zu verringern. Schließlich ist zur Steigerung der Qualität der politischen Arbeit der Ausländerbeiräte dem Defizit häufig nur unzureichend vorhandener Vorkenntnisse und Vorerfahrungen entgegenzuwirken. Hierzu erforderlich sind Qualifizierungsangebote seitens der Gemeinden und/oder der Parteien. Die SPD-Landtagsfraktion setzt sich deshalb dafür ein, daß die Migrantinnen und Migranten auch durch eine Einbindung in die politische Arbeit der SPD die Chance erhalten, die notwendige politische Kompetenz aufzubauen.

**3.** In der LAGA sind z.Zt. mehr als 100 Ausländerbeiräte Mitglied. Die LAGA stellt damit eine wichtige, nicht verzichtbare Institution dar, um migrationspolitische Entscheidungen der Landespolitik im Vorfeld mit legitimierten Repräsentanten der Migrantinnen und Migranten rückkoppeln zu können. Diese Wertschätzung findet nicht zuletzt in der finanziellen Unterstützung der LAGA ihren Niederschlag: Die SPD-Landtagsfraktion hat sich dafür eingesetzt, daß die Arbeit der LAGA auch in 1999 mit 450.000 DM gefördert wird. Ob die enge, grundsätzlich aber noch ausbaufähige Zusammenarbeit mit der

LAGA durch ihre gesetzliche Verankerung verbessert werden kann, muß im Augenblick noch als offene Frage gelten. Ihre Beantwortung hängt u.a. davon ab, wie sich das Wahlrecht der EU-Bürgerinnen und -Bürger sowie die Änderung des Staatsbürgerschaftsrechts auf die Arbeit der Ausländerbeiräte und der LAGA auswirken werden. Die SPD-Landtagsfraktion wird deshalb die Frage nach der gesetzlichen Verankerung der LAGA zu Beginn der neuen Legislaturperiode noch einmal intensiv debattieren.

**CDU-Fraktion,  
Vorsitzender Laurenz Meyer**

# CDU

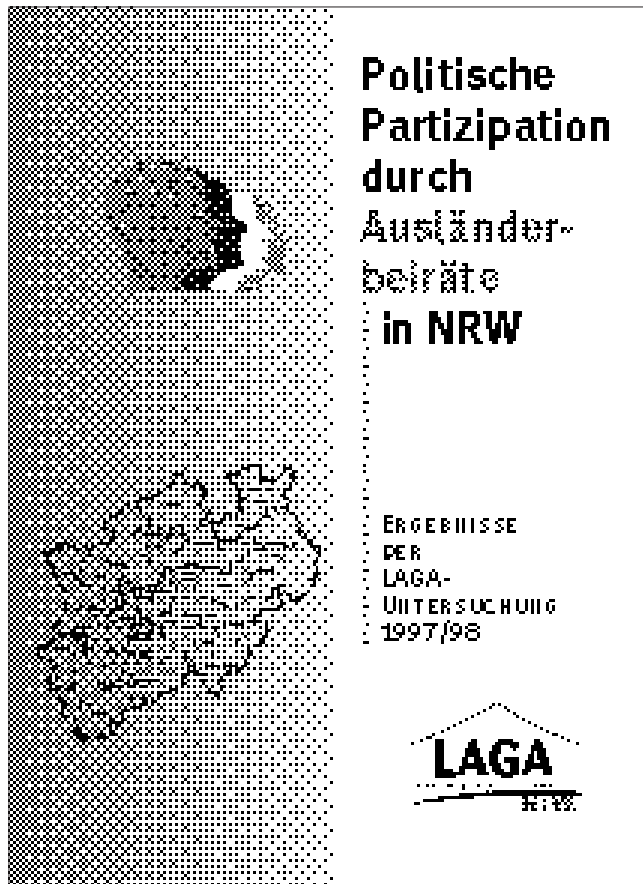
**1.** Die CDU-Landtagsfraktion unterstützt die Wahlen zu den Ausländerbeiräten, deshalb hat sie auch gemeinsam mit den anderen Landtagsfraktionen in einer einstimmig verabschiedeten Entschließung gefordert, die Ausländerbeiratswahlen am Tag der Kommunalwahlen durchzuführen.

Auch wenn uns die organisatorischen Schwierigkeiten bewußt waren, haben wir als CDU für den 12. September plädiert, weil nur so eine hohe Wahlbeteiligung und damit verbunden eine ausreichende demokratische Legitimation gewährleistet scheint, die unabdingbar für die politische Partizipation der Migrantinnen und Migranten in NRW ist.

Uns ging es primär darum, mit diesem einstimmigen Votum eine Aufwertung der Ausländerbeiräte zu bewirken. Nun müssen wir leider feststellen, daß das Präsidium des sozialdemokratisch dominierten nordrhein-westfälischen Städtetages seinen Mitgliedern empfohlen hat, die Ausländerbeiräte erst am 7. November zu wählen.

Trotz der dringend vorgetragenen Bitte des gesamten Migrationsausschusses des Landtages ist der Städtetag NRW nicht bereit, seine Entscheidung zu revidieren. Die CDU-Landtagsfraktion hält dieses Verhalten für integrationsfeindlich.

**2.** Keineswegs ist der Ausländerbeirat die einzige Chance zur politischen Parti-



mancher unterschiedlicher Auffassung – in allen ausländerpolitischen Fragen ihre uneingeschränkte Zusammenarbeit an. Wichtig erscheint uns, daß innerhalb der LAGA auch die Interessen der kleineren Ausländergruppen ausreichend berücksichtigt werden. Wir erwarten, daß die LAGA darauf hinwirkt, daß in den neugewählten Ausländerbeiräten dem Minderheitenschutz Rechnung getragen wird. Wir empfehlen eine noch stärkere Verzahnung der Arbeit der LAGA mit den parlamentarischen Gremien. Integrationspolitik geht unserer Auffassung nach über

zige durch Urwahl legitimierte Gremium, das sie in den nordrhein-westfälischen Städten und Gemeinden vertritt, sind die Ausländerbeiräte.

Daher hat die Ausländerbeiratswahl eine große Bedeutung für die politische Mitwirkung von MigrantInnen. Sie in das Bewußtsein nichtdeutscher und deutscher BürgerInnen zu bringen, ist von zentraler Bedeutung, um die Zugehörigkeit der MigrantInnen zu unserer Gesellschaft und ihren Anspruch auf ihre Mitwirkung an der Gestaltung dieser Gesellschaft deutlich zu machen.

Aber die Ausländerbeiratswahl darf nicht nur Symbolgehalt haben. Ein großer Teil der politischen Entscheidungen, die die konkrete Lebenssituation aller BürgerInnen und insbesondere auch der MigrantInnen betreffen, werden in der Kommune gefällt.

Hier treten viele der Probleme von MigrantInnen auf, hier kann ein Teil davon gelöst werden. Der Ausländerbeirat nimmt in diesen Fragen seine Funktion nicht nur als politische Vertretung, sondern vor allem als Fachgremium wahr, und kann auf Probleme hinweisen und erheblich zu deren Lösung beitragen.

Vor diesem Hintergrund erhofft die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Landtag NRW für die Ausländerbeiratswahlen ein großes öffentliches Interesse, eine hohe Wahlbeteiligung und eine Zusammensetzung, die ein möglichst breites Spektrum der hier lebenden MigrantInnen repräsentiert. Allerdings läßt sich eine breitgefächerte Zusammensetzung nicht erzwingen, sie muß durch Motivierung und Information aller MigrantInnengruppen erreicht werden.

Dies würde die Ausländerbeiräte gegenüber Rat und Verwaltung stärken und die Ausgangsbasis für ihre Arbeit verbessern. Auch wären in einzelnen Kommunen die Ausländerbeiräte besser vor Versuchen geschützt, ihre Arbeit auszuhebeln und sie etwa durch Gremien zu ersetzen, auf deren Zusammensetzung Nichtdeutsche keinen Einfluß haben.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen schätzt die Landesarbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte als kompetente und engagierte Ansprechpartnerin in der Migrationspolitik.

Die Forderung, die LAGA gesetzlich zu verankern, halten wir für nachvollziehbar und befürworten landespolitische Überlegungen, ob und wie sie erfüllt werden kann.

zipation. Selbstverständlich besteht auch für Migrantinnen und Migranten die Möglichkeit, sich an der politischen Willensbildung durch den Beitritt in Parteien, Verbände und Organisationen zu beteiligen oder als sachkundige Einwohner in den Räten mitzuwirken. Vor dem Hintergrund der gesellschaftspolitischen Bedeutung der Integration und der politischen Partizipation haben CDU-Mitglieder deutscher und türkischer Abstammung das Deutsch-Türkische-Forum (DTF) gegründet. Wir laden unsere ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger herzlich ein, auch auf diesem Weg Politik aktiv zu gestalten. Das DTF sucht intensiv die Zusammenarbeit mit den Ausländerbeiräten und anderen Organisationen. Selbstverständlich steht die CDU auch anderen ausländischen, nicht-türkischen, Migrantinnen und Migranten jederzeit offen. Im übrigen weisen wir darauf hin, daß zahlreiche Mitbürger mit Migrationshintergrund und auch EU-Staatsangehörige bei den anstehenden Kommunalwahlen kandidieren. Auch dies ist ein Beitrag zur Integration.

**3.** Die CDU-Landtagsfraktion unterstützt ausdrücklich die LAGA als Koordinationsgremium der Ausländerbeiräte und bietet ihr auch weiterhin – ungeachtet

eine spezielle gesetzlich verankerte Interessenvertretung auf Landesebene hinaus. Es muß darum gehen, gerade diese speziellen Interessenvertretungen langfristig zu überwinden und zu einem ganzheitlichen Integrationsansatz weiterzuentwickeln.

**Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,  
Sprecherin Christiane Bainski**



In Nordrhein-Westfalen leben über zwei Millionen Menschen ohne deutschen Paß, fast zwei Drittel von ihnen sind hier geboren oder leben seit mindestens zehn Jahren in Deutschland. Sie sind keine Gäste, sondern Teil dieser Gesellschaft. Sie gehören voll und ganz dazu. Dennoch haben alle Menschen ohne deutschen Paß oder eine EU-Staatsbürgerschaft nicht die Möglichkeit der demokratischen Mitbestimmung. Das ein-



# Ausländerbeiräte – rechtlich gesehen

Das Zustandekommen, die Zusammensetzung und die Aufgaben eines Ausländerbeirates sind in Nordrhein-Westfalen einheitlich geregelt, in § 27 der Gemeindeordnung.

Danach muß in Städten, in denen mindestens 5.000 ausländische Einwohnerinnen und Einwohner leben, ein Ausländerbeirat gebildet werden.

## Wichtig! Wichtig! Wichtig!

Wenn in Ihrer Stadt zwischen 2.000 und 5.000 ausländische Einwohner/innen leben, bisher aber noch kein Ausländerbeirat besteht oder aber von Seiten der Stadt nicht die Absicht besteht, wieder eine Wahl durchzuführen, können die Migrantinnen und Migranten eine Wahl verlangen, wenn mindestens 200 Wahlberechtigte diese Forderung unterstützen!

In kleineren Städten mit weniger als 2000 a.E. kann ein Ausländerbeirat auf freiwilliger Basis gewählt werden.

Wieviel Mitglieder der Ausländerbeirat hat, entscheidet die jeweilige Stadt, die Mindestmitgliederzahl beträgt fünf, die Höchstzahl 29 gewählte Mitglieder.

Kandidaten und Kandidatinnen können sich in Listen zusammenschließen, es sind aber auch Einzelbewerbungen möglich.

Ihre Stimme abgeben können alle Ausländer/innen, die am Wahltag 16 Jahre alt sind, seit mindestens einem Jahr rechtmäßig im Bundesgebiet leben und seit mindestens drei Monaten in der Gemeinde leben. Ausgenommen davon sind lediglich Ausländer/innen, die zugleich Deutsche im Sinne des Grundgesetzes sind, Asylbewerber/innen und Personen, auf die § 2 des Ausländergesetzes keine Anwendung findet.

**Gewählt werden können außerdem alle Bürger der Gemeinde, also auch deutsche Staatsangehörige!**

Auch die Aufgaben und Rechte des Ausländerbeirates sind in der Gemeindeordnung beschrieben.

Danach kann sich der Ausländerbeirat mit allen Angelegenheiten der Gemeinde befassen. Er ist also nicht auf sogenannte „ausländerspezifische Fragestellungen“ beschränkt. Seine Anregungen und Stellungnahmen werden im Stadtrat und/oder den Ausschüssen behandelt. Andererseits können sich Bürgermeister, Rat und die Ausschüsse an den Ausländerbeirat wenden und diesen zu Stellungnahmen auffordern.

Dieser sehr weitgehende gesetzliche Rahmen kann durch Regelungen in den einzelnen Städten ausgestaltet werden, z.B. durch Bestimmungen in den Hauptsatzungen:

So arbeiten in vielen Ausländerbeiräten neben den gewählten auch beratende Mitglieder mit. Dies sind in der Regel Vertreter/innen der Ratsfraktionen, aus Wohlfahrtsverbänden u.ä. Dadurch soll eine engere Verbindung mit der Politik erreicht und die Verbindung zur professionellen Migrationsarbeit verstärkt werden. Vertreter/innen des Ausländerbeirates können vielfach generell an den Sitzungen des Rates und der Ausschüsse teilnehmen.

Teilweise können Ausländerbeiräte „ihre eigene“ Öffentlichkeitsarbeit betreiben, also in eigener Verantwortung.



Nachahmenswert:  
CD-Rom des Ausländerbeirats Siegen







## Örtlichen Bürgerfunk nutzen!

Für die meisten Ausländerbeiräte ist intensive Medien- und Öffentlichkeitsarbeit nichts Neues. Im Wahljahr empfehlen sich allerdings einige zusätzliche Initiativen um die Migrantinnen und Migranten über die bevorstehenden Wahlen zu informieren und sie zur Wahl aufzufordern. Die LAGA wird im Vorfeld der Wahlen nicht nur Material zur Verfügung stellen, sondern auch auf landesweit tätige Medien wie Rundfunksender und WDR-Fernsehen zugehen. Ziel ist eine umfassende Berichterstattung in Funk und Fernsehen über die Ausländerbeiräte, ihre Arbeit und die Wahlen.

### Über Bürgerfunk informieren

Darüber hinaus empfiehlt die LAGA den Ausländerbeiräten, sich im Rahmen des sogenannten Bürgerfunks um eine selbstgestaltete Programmstunde zu bemühen. Die Lokalradios sind nach Landesrundfunkgesetz verpflichtet, regelmäßig den Bürgerfunk zu senden. Hier haben Initiativen oder Vereine Gelegenheit, ihre Tätigkeiten vorzustellen.

Diese Möglichkeit gibt es natürlich auch für die Ausländerbeiräte. Erkundigt man sich rechtzeitig beim zuständigen Lokalradio, kann man mit hoher Wahrscheinlichkeit vor dem Wahltermin eine Stunde Radio gestalten und senden. Dabei sollte beachtet werden, daß die Lokalradios in den ländlichen Gebieten im gesamten Kreis senden. Sind dann mehrere Ausländerbeiräte betroffen, sollten diese gemeinsam eine Stunde gestalten.

### Bürgerfunk gestalten

Für Laien mag eine Stunde Radio als unendlich lange Zeit erscheinen. Tatsächlich hat man aber höchstens eine halbe Stunde wirklicher Sendezeit. Das liegt daran, daß die Stunde Bürgerfunk durch Nachrichten, Verkehrsmeldungen, Musik und Werbung immer wieder unterbrochen wird. Die verbleibende Zeit kann für ungefähr acht Beiträge, die jeweils um die drei Minuten lang sind, genutzt werden.

Entschließt man sich zur Erstellung einer Bürgerfunksendung, sollte man nicht vergessen, die Presse vom Tag der Übertragung im Radio zu informieren. So können potentielle Wähler auf den Sendetermin aufmerksam gemacht werden.

Hier ein Vorschlag wie die Beiträge gefüllt werden können:

#### Beitrag I:

Abspielen eines LAGA-Radio-Spots zu den Ausländerbeiratswahlen und anschließende kurze Vorstellung der Sendung.

#### Beitrag II:

Vorstellung des Ausländerbeirates. Was ist der Ausländerbeirat? Welche Listen sind vertreten? Wer macht was im Ausländerbeirat? Einspielung aus einer Sitzung des Ausländerbeirats, z.B. der Vorsitzende eröffnet gerade eine Sitzung.

#### Beitrag III:

Was hat der Ausländerbeirat in den vergangenen vier Jahren geleistet? Welche Probleme gab es dabei?

#### Beitrag IV:

Diskussion mit Ratsmitgliedern über die politische Partizipation von Migranten in den Kommunen.

#### Beitrag V:

Einspielung aus einem Tag in der Geschäftsstelle des Ausländerbeirates. Der Geschäftsführer berichtet von seiner Tätigkeit und den alltäglichen Arbeiten und Problemen, die zu bewältigen sind.

#### Beitrag VI:

Gespräch mit wahlberechtigten älteren Migranten über ihre Erwartungen an den Ausländerbeirat.

#### Beitrag VII:

Gespräch mit wahlberechtigten jüngeren Migranten über ihre Erwartungen an den Ausländerbeirat.

#### Beitrag VIII:

Abspielen des von der LAGA vorbereiteten Radiospots zu den Ausländerbeiratswahlen mit dem Termin in der jeweiligen Stadt.

## Es gibt nichts Gutes, außer man weiß es

Erstmals wird die LAGA NRW die Wahlen zu den Ausländerbeiräten durch eine breit angelegte Öffentlichkeitsarbeit begleiten. Das Ministerium für Arbeit und Soziales, Stadtentwicklung, Kultur und Sport NRW hat der LAGA für das Wahljahr zusätzliche finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt.

Durch ansprechendes Werbe- und Informationsmaterial will die LAGA zu einer möglichst hohen Wahlbeteiligung beitragen. Dazu werden den Ausländerbeiräten informative Materialien zur Verfügung gestellt.

Plakatentwürfe und Faltpapiere können ab Juni über die LAGA bezogen werden.

Folgendes Material steht dann zur Verfügung:

- ▶ Informationsmaterial für Wahlbewerber/innen und die Wähler/innen in Form von Faltpapieren und Plakaten. Das Material ist neutral gehalten und kann nach Bedarf um eigene Angaben aus den Kommunen bzw. von den Kandidaten ergänzt werden
- ▶ Das Material steht auch auf einer CD-ROM zur Verfügung, damit man

vor Ort preiswert eine Druckerei beauftragen kann.

- ▶ Ebenso können Plakate und Faltpapiere über die neu einzurichtende Homepage der LAGA im Internet abgerufen werden.

Durch Spots im Hörfunk und Anzeigen in der Presse soll für eine Beteiligung geworben werden. Diese Spots werden so vorbereitet, daß sie in Sendungen des Lokalfunks ohne Veränderungen abgespielt werden können. So können auch örtliche Beiräte über eine Ausstrahlung im Radio befinden.



## Engagement lohnt sich – Ausländerbeiräte in Nordrhein-Westfalen leisten mehr als man glaubt

Ausländerbeiräte können nur wenig bewirken. Sie sind auf kommunalpolitische Fragen beschränkt und werden außerdem noch von den Entscheidungsträgern in Stadträten und Verwaltungen nicht gehört. Was soll dann das Engagement im und für den Ausländerbeirat bringen?

Diese und ähnliche Vorurteile tragen dazu bei, daß die Beteiligung an den Wahlen zu den Ausländerbeiräten meist nicht sehr hoch ist. Dabei hat die Erfahrung der letzten Jahre gezeigt: Das Engagement für die eigenen Interessen lohnt sich: Kontinuierliche – manchmal



auch beharrliche – Arbeit führt zu positiven Ergebnissen. So befassen sich die Ausländerbeiräte schwerpunktmäßig mit aktuellen Problemlagen von Migrantinnen und Migranten wie Kindergarten und Schule; Wohnsituation und soziale Sicherung; Deutschkurse und muttersprachlicher Ergänzungsunterricht; Kultur, Freizeit und Sport; Diskriminierung und Ausländerfeindlichkeit, um nur einige zu nennen. Dieses Ergebnis widerlegt das häufig erwähnte Vorurteil, durch die Dominanz der türkischen Migranten würden sich die Ausländerbeiräte in NRW vorrangig mit islamischen Themen beschäftigen.

Das Ergebnis beweist auch, daß die Ausländerbeiräte sich zu recht als Interessensvertretungsorgan aller Migrantinnen und Migranten der jeweiligen Kommune verstehen. In vielen Städten und Gemeinden haben die Ausländerbeiräte durch ihre an konkreten Problemen orientierte Arbeit auch schon zahlreiche positive Ergebnisse vorzuweisen. Einige Beispiele aus der Vergangenheit: Das interkulturelle Referat der Stadt

Köln wäre ohne den Druck aus dem Ausländerbeirat vermutlich nie entstanden.

In Viersen wird auf Vorschlag des Ausländerbeirates höchstwahrscheinlich ein Streetworker eingestellt, der ausländische Jugendliche betreuen soll.

Auf Initiative des Ausländerbeirates Bonn konnte nach eingehender Diskussion mit Politik, Verwaltung und Wirtschaft eine Stiftung gegründet werden, die sich um Jugendliche ausländischer Abstammung kümmert, die beim Berufseinstieg Schwierigkeiten haben.

Dem Ausländerbeirat Siegen ist die dortige Einrichtung der „Regionalen Arbeitsstelle zur Förderung ausländischer Kinder (RAA)“ zu verdanken. Jetzt profitieren ausländische Kinder auch in Siegen von den zusätzlichen Förderprogrammen – insbesondere im Bereich der sprachlichen Förderung.

Diese wenigen Beispiele zeigen, daß Ausländerbeiräte mehr erreichen können, als ihnen oft zugetraut wird. Solche Erfolge sind auch deshalb möglich, weil

die Mitglieder der Ausländerbeiräte inzwischen gelernt haben, mit den Kommunalpolitikern und den Stadtverwaltungen umzugehen. Regelmäßiger Meinungsaustausch und gegenseitige Information sind wesentliche Voraussetzungen für erfolgreiche Arbeit. Als besonders günstig hat sich dabei auch die Mitgliedschaft in den deutschen Parteien erwiesen. Darüber sind sowohl die notwendigen Kontakte leichter zu organisieren und die von den Beiräten behandelten Themen finden leichter Unterstützung in den Fraktionen der Stadträte.

### Gemeinsamkeit hervorheben

Andererseits darf man nicht übersehen, daß die Ausländerbeiräte natürlich kein Ersatz sein können für die gleichberechtigte politische Teilhabe der Migrantinnen und Migranten in Deutschland. Gibt es um einzelne Vorschläge der Beiräte Streit mit dem Stadtrat, können die Kommunalpolitiker sich ohne weiteres über die Beschlüsse der Ausländerbeiräte hinwegsetzen. Das wird ihnen aber um so schwerer fallen, je geschlossener die Ausländerbeiräte in der Öffentlichkeit auftreten. Um so wichtiger ist also die Einsicht, daß die Beiräte nicht die Vertretungsorgane einzelner Nationalitäten, sondern aller Migrantinnen und Migranten sind. Denn es gibt gemeinsame Interessenlagen aller in Deutschland lebender Ausländer: Sprachprobleme finden sich in allen nationalen Gruppen, Arbeitslosigkeit trifft alle Nicht-Deutschen stärker als Deutsche, Opfer von rassistischer Diskriminierung können alle Migrantinnen und Migranten werden.

Ist ein solcher Grundkonsens erreicht, sind Erfolge der Ausländerbeiräte leichter zu erringen.



## Politische Beteiligung nutzen

In einem Interview äußern sich drei junge Frauen zu Erfolgen und Schwierigkeiten ihrer bisherigen Beiratsarbeit. Am Gespräch nahmen teil: Mirsada Hasanovic (M.H.), bosnisch-stämmig, Beiratsmitglied in Wetter, Fulya Önal (F.Ö.), Türkin und Vorsitzende des Ausländerbeirates Unna und Alice Poeira (A.P.), Portugiesin, Mitglied im Kempener Beirat.

*Was würden Sie jemandem sagen, wenn Sie ihn oder sie von einer Kandidatur für den Ausländerbeirat überzeugen wollten?*

**A.P.:** Ich würde zunächst einmal darauf hinweisen, daß es wichtig ist, daß sich jeder politisch betätigt. Einmal haben wir alle das Recht auf politische Betätigung. Außerdem, will man etwas verändern, muß man aktiv sein. Gerade als Migranten sollten wir darauf achten, daß wir jede Möglichkeit der politischen Beteiligung ausschöpfen.

**M.H.:** Für mich ist noch folgender Aspekt wichtig: Durch die Aktivitäten im Ausländerbeirat trägt man selber zur Integration bei. Ich sage es einmal etwas platt: Ausländer ist Ausländer: Wir haben alle ähnliche Probleme und Anliegen. Da hat es keinen Zweck in den nationalen Cliques zu verharren. Man muß zusammenkommen und die Dinge gemeinsam angehen.

**F.Ö.:** Ich möchte noch ergänzen, daß es auch darauf ankommt, Menschen für die Ausländerbeiräte zu gewinnen, die wirkliches Interesse an der Arbeit haben. Anders gesagt, man muß den interessierten Personen offen und ehrlich sagen, daß mit der Tätigkeit im Ausländerbeirat eine Menge Arbeit auf sie zukommt. Man muß sich mit Kommunalpolitik befassen und Kontakte intensiv pflegen. Es kommen Ausschusssitzungen auf einen zu, man muß sich mit Gesetzen beschäftigen, die Verwaltung kennenlernen und und und. Sind die interessierten Personen dann immer noch motiviert und kandidieren, dann glaube ich, kann man ein gutes Team zusammensetzen und im Ausländerbeirat viel erreichen.

**M.H.:** Die Motivation hängt natürlich stark davon ab, ob man wirklich weiß, wo die Grenzen für Ausländerbeiräte

sind. Wenn man im Beirat ist, dann ist es ja nicht so, daß man plötzlich alles ändern kann.

**F.Ö.:** Genau. Es gab Vorstellungen, daß



man über die Ausländerbeiräte deutsche Gesetze oder gar das Grundgesetz ändern könnte. Und plötzlich merkten die Leute, daß das nicht geht.

*Aber genau das scheint ja das Problem zu sein. Vielen Migranten ist der Sinn der Ausländerbeiräte nicht klar, weil sie wenig direkte Veränderungsmöglichkeiten haben. Nehmen sie deswegen die Beiräte nicht so ernst?*

**A.P.:** In Kempen wurden viele der Mitglieder des Ausländerbeirats vorher von der Politik angesprochen, ob sie nicht Lust hätten zu kandidieren. Ich selber bin mit der Vorstellung in den Beirat gegangen, einiges zu verändern. Allerdings habe ich schnell gemerkt, daß es noch langsamer geht, als ich es mir vorgestellt habe. Es fing damit an, daß ich keinen der Entscheidungsträger in der Stadt kannte – außer dem Bürgermeister. Wir haben eine lange Zeit gebraucht, bis wir den Umgang mit Politik und Stadtverwaltung gelernt haben. Oft hatte ich dabei das Gefühl, wir erreichen nichts. Aber inzwischen haben wir eine Geschäftsstelle, in die viele Migranten und Deutsche kommen, um sich Rat zu unterschiedlichsten Fragen zu holen.

**M.H.:** Es stimmt zwar, daß die Gemeindeordnung den Ausländerbeiräten nur ein Anhörungsrecht und beratende Stimme zugesteht. Aber wenn man gute Verbindungen zu den Ratsfraktionen aufbaut, dann ist die Situation schon

ganz anders. Wenn man die Ansichten und Vorhaben der Ausländerbeiräte rechtzeitig mit den Parteien diskutiert, dann besteht viel eher eine Realisierungschance. Die Parteien sind ja diejenigen, die unsere Anliegen weiterbringen können. Ich denke, der Ausländerbeirat ist ein Einstieg ins politische Leben. Der nächste Schritt ist, sich einer Partei anzuschließen, um die eigene politische Arbeit effektiver zu machen.

*Die Kontakte zu den Parteien haben demnach große Bedeutung für die Arbeit der Ausländerbeiräte?*

**A.P.:** Ja, aber es ist auch sehr schwierig. Bei uns in Kempen jedenfalls hat sich die Zusammenarbeit als schwierig erwiesen, weil die Mehrheitspartei im Rat zunächst versucht hat, Einfluß auf den Beirat zu gewinnen. Der Ausländerbeirat wiederum hat versucht, sich diesem Einfluß zu entziehen. Das hat zu Konflikten geführt. Heute kann ich sagen, daß es wesentlich auf die Art der Selbstdarstellung



des Ausländerbeirates ankommt, wie gut die Zusammenarbeit mit den Fraktionen klappt. Bevor wir mit einem Anliegen an den Rat herantreten, müssen wir uns sachkundig machen, damit wir auch wirklich ernst genommen werden.

**F.Ö.:** Rückblickend auf die ersten vier Jahre Ausländerbeirat in Unna muß ich feststellen, daß auch die Kontakte zu den Parteien schneller und besser funktioniert hätten, wenn man uns zu Beginn eine Art Einführungsseminar gegeben hätte. Das ist vielleicht eine Anregung an alle Beiräte und Verwaltungen, neue Leute gründlich in die politische Arbeit einzuführen. Zu den einzelnen Parteien: Ich glaube, man muß sich die Situation

in den Kommunen genau anschauen. Die eine Partei kann in der Stadt A an Migrationspolitik sehr interessiert sein, aber in der Stadt B schon nicht mehr. Ausländerbeiratsarbeit ist Kommunikationsarbeit.

Das klingt nach Sisyphusarbeit. Was motiviert Sie, dennoch weiterzumachen?

**F.Ö.:** Für die meisten Ausländer ist die Beiratswahl die einzige Möglichkeit, einmal zur Wahlurne zu gehen. Dabei ist das das Grundprinzip der Demokratie. Die Frage, ob die Beiräte möglicherweise nur eine Alibifunktion haben, ist für mich zweitrangig. Entscheidend ist, daß die Menschen eine Gruppierung wählen können, die sie selber aussuchen, und daß diese Gruppierung den Auftrag hat, die Interessen ihrer Wähler in der Kommune zu vertreten. Indem sie diesen Auftrag wahrnehmen, tragen die Beiräte auch zur Integration bei. Integration beginnt doch in der Straße, in der man lebt und nicht oben bei der Bundespolitik. Wenn ich mich in dem Ort, in dem ich wohne, wohlfühle und mit meiner Umgebung gut auskomme, dann ist schon ein Stück Integration erreicht. Wenn etwa türkische und deutsche Frauen gemeinsam an Schwimmkursen teilnehmen, dann ist das ein Erfolg unserer Arbeit.

**M.H.:** Ich will nicht, daß das bisher Erreichte wieder in Vergessenheit gerät. Die Ausländerbeiräte brauchen Kontinuität durch Leute, die bereits Erfahrung gesammelt haben. Deswegen kandidiere ich dieses Jahr wieder, obwohl ich das ursprünglich nicht vorhatte.

Wo ist denn das Erreichte? Wo sind die konkreten Erfolge?

**F.Ö.:** Erfolg ist relativ. Für mich war ein vom Beirat veranstaltetes Fest der erste Erfolg. Und die gute Resonanz in der Presse hat uns belohnt. Der nächste Erfolg war die Einrichtung eines eigenen Büros für den Beirat. Für die Mitglieder des Beirates war das so wichtig, daß wir es ganz offiziell eröffnet haben. Inzwischen sind wir soweit, daß immer mehr Menschen in die Sprechstunden kommen und uns zu allen Aspekten der Migration befragen.

**A.P.:** Der größte Erfolg für unseren Beirat ist die Tatsache, daß alle Ratsparteien ein Weiterbestehen befürworten. Dazu muß

man wissen, daß Kempen eine Kleinstadt ist, in der laut Gemeindeordnung ein Ausländerbeirat nicht vorgeschrieben ist. Das ist eine Anerkennung unserer Arbeit.

Und mit welchen Themen kann man z.B. die Interessen junger ausländischer Bürger vertreten?

**M.H.:** Da gibt es viele. Die wichtigsten sind die Schul- und Ausbildungsprobleme und natürlich die Jugendarbeitslosigkeit.



keit. Hinzu kommen dann Probleme mit dem Ausländerrecht, Ausweisungsschutz etc.

Was können Ausländerbeiräte für die Betroffenen tun?

**M.H.:** Aufklären. Beratungsstunden oder Infoblätter können hilfreich sein. Wir müssen aber auch das Gespräch mit den Jugendlichen suchen. Wir gehen in Jugendzentren und unterhalten uns mit den jungen Leuten z.B. über Kriminalität. Im Schul- und Ausbildungsbereich kann man das auch machen. Beratungen, in denen die Jugendlichen erfahren, welche Ausbildungs- oder Studiemöglichkeiten es überhaupt gibt. Für ausländische Jugendliche können wir besser als das Arbeitsamt spezielle Informationsangebote machen.

Findet das Resonanz?

**M.H.:** Nicht immer. Es ist sehr schwer an Jugendliche heranzukommen, weil viele sich abschotten. Aber gerade junge Migranten brauchen unsere Ansprache, um eine gewisse hoffnungslose Haltung dieser Jugendlichen aufzubrechen.

**A.P.:** In Kempen gibt es offenbar gewisse Konflikte zwischen Jugendlichen aus Aussiedlerfamilien und türkischen Ju-

gendlichen. Davon haben wir als Ausländerbeirat nie erfahren, weil die Politik uns nicht auf die Probleme anspricht. Das sind dann keine rechtlichen, sondern politische Grenzen.

EU-Bürger dürfen bei Europa- und Kommunalwahlen mitstimmen, Eingebürgerte dürfen sowieso wählen. Die Zahl derer, die in Deutschland politisch partizipieren können, wächst. Welche Bedeutung haben die Ausländerbeiräte angesichts dieser Entwicklung?

**F.Ö.:** Viele munkeln ja bereits, daß die Ausländerbeiräte zu „Türkenbeiräten“ werden, weil die EU-Bürger angeblich kein Interesse mehr an den Beiräten hätten. Wenn den EU-Bürgern aber bewußt ist, daß man durch das kommunale Wahlrecht allein nicht automatisch gleichberechtigt ist, werden sie auch weiterhin Interesse an der Beiratsarbeit haben. Übrigens, ich bin sehr dafür, daß die Kommunal- und die Beiratswahlen an einem Tag stattfinden, damit die Mobilisierung unter den EU-Bürgern möglichst groß ist.

**A.P.:** Ich sehe dieses Problem nicht so. Es gibt etwa eine neue Migrationswelle aus Portugal nach Deutschland. Ein Portugiese, der jetzt nach Deutschland kommt, ist mit Sprachproblemen konfrontiert – also einem „typischen“ Migrationsproblem. Mein Eindruck ist daher, daß viele EU-Bürger, wenn überhaupt, eher den Ausländerbeirat, als den Stadtrat mitwählen. Beim Ausländerbeirat erkennen sie leichter, worum es geht. Die Kommunalwahl ist etwas Neues und viele haben noch keinen Überblick und wissen auch nicht, wen sie wählen sollen.

Das Interview führte Susana dos Santos Herrmann.



## Veranstaltungshinweis

### Termine, Seminare, Fachtagungen Allgemeines

Ministerium für Arbeit und Soziales, Stadtentwicklung, Kultur und Sport  
Ansprechpartner: Anton Rütten

Ministerium des Inneren  
Ansprechpartner: Herr Plückhahn

### Möglichkeiten der gemeinsamen Anti-Diskriminierungsarbeit durch kommunale Ausländerbeiräte und Anti-Diskriminierungsbüros

Ziel des Seminars ist, die gemeinsamen Merkmale der Anti-Diskriminierungsarbeit von Ausländerbeiräten und Anti-Diskriminierungsbüros auszuarbeiten und Bündnismöglichkeiten zu erörtern.

28. – 30. Mai 1999, Bonn

### Ausländerbeiratswahlen '99

Warum soll ich für den Ausländerbeirat kandidieren und wie kann ich gewählt werden?

29. Mai 1999, Köln

### Pressekonferenz der LAGA

Die regionale und überregionale Presse in NRW wird an diesem Tag über die Wahlen zu den Ausländerbeiräten und die besonderen Hilfestellungen der LAGA dazu informiert.

Anfang Juni 1999, Düsseldorf

### Rhetorik-AufbauSeminar Teil II: Überzeugen statt überreden – Gesprächsführung und Diskussionsleitung

Ziel des zweiten Teils des Rhetorikseminars ist es, unter Anleitung langjährig erfahrener Referierender

- ▶ Ihren Diskussionsstil zu verbessern und Ihre Anliegen wirksam auf den Punkt zu bringen;
- ▶ Effektive Gesprächs- und Diskussionsleitung zu trainieren

4. – 6. Juni 1999, Attendorn

### 9. Bocholter Forum: Staatsangehörigkeitsrecht im Wandel – Auswirkungen auf die Migration, Partizipation und Integration im europäischen Vergleich

Die Reform des Staatsabgehörigkeitsrechtes steht auf der Tagesordnung. Mit seinen Vorstellungen zur generellen Hinnahme der doppelten Staatsbürgerschaft bei Einbürgerung konnte sich Bundesinnenminister Otto Schily nicht durchsetzen. Dennoch wird es für Migrantinnen und Migranten leichter, die deutsche Staatsbürgerschaft zu erwerben. Zugleich ent-

stehen aber durch die Einführung des sogenannten Optionsmodells für hier geborene Kinder neue Probleme. Vor- und Nachteile und insbesondere die Auswirkungen des neuen Staatsbürgerschaftsrechtes auf die Migrations- und Integrationspolitik werden erörtert.

11. – 12. Juni 1999, Bocholt

Anmeldungen für die Seminare und Fachtagungen nur telefonisch über die LAGA NRW.

## Veröffentlichungen

### Wissenswertes – Lesenswertes Publikationen der LAGA NRW

#### Die Eröffnung der Geschäftsstelle der LAGA in Düsseldorf

Dokumentation mit Beiträgen von Tayfun Keltek, Johannes Rau und Ignatz Bubis

#### Politische Partizipation durch Ausländerbeiräte in NRW, Ergebnisse der LAGA-Untersuchung 1997/98

Eine detaillierte Darstellung und Analyse der Arbeit der Ausländerbeiräte in NRW. Unentbehrlich für alle, denen die politische Partizipation der Migrantinnen und Migranten ein wichtiges Anliegen ist.

#### Aus vielen Quellen schöpfen, Mehrsprachigkeit, religiöse und kulturelle Identität – eine Bereicherung für diese Gesellschaft

Dokumentation der Fachtagung der LAGA mit den Beiträgen der Redner und Referenten

#### Schwung für unsere Zukunft

Jugendliche aus Zuwandererfamilien – Vielfalt als Chance in Ausbildung und Beruf. Dokumentation der Fachtagung der LAGA mit Beiträgen u.a. von Ministerin Ilse Brusis und Prof. Dr. Faruk Sen



#### Mehr Sprachen für mehr Kinder, eine Chance für Migrantenkinder (in Zusammenarbeit mit der Stadt Köln)

Tips und Hinweise zum Umgang mit Mehrsprachigkeit

Alle aufgeführten Publikationen sind gegen eine Schutzgebühr über die Geschäftsstelle der LAGA zu beziehen.

## Impressum

Herausgeberin:  
Landesarbeitsgemeinschaft  
der Ausländerbeiräte  
Nordrhein-Westfalen  
(LAGA NRW)  
Helmholtzstr. 28  
40215 Düsseldorf  
Telefon: 0211 / 994160  
Fax: 0211 / 9941615  
e-Mail: LAGA NRW@t-online.de

Die LAGA NRW wird mit Mitteln des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen gefördert.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeberin wieder. Nachdruck – auch auszugsweise – mit Quellenangabe bei Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Die Herausgeberin behält sich vor, Leserbriefe und unaufgefordert zugesandte Beiträge zu kürzen.

An der Redaktion dieser Ausgabe waren beteiligt:  
Ercan Atay  
Ulrich Bechmann,  
Susana dos Santos Herrmann  
Tayfun Keltek,  
Franz Paszek,  
Ali Hakan Saribas,  
Erkan Zorlu

V.i.s.d.P.: Franz Paszek,  
Geschäftsführer der LAGA NRW

Konzeption:  
Forschungsgruppe FOKUS, Köln